

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
41 (1927)**

75 (30.3.1927)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-544863](#)

Die "Republik" erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Abonnementspreis beträgt für einen Monat 200 Reichsmark bei Daus, für Abholer von der Expedition Peterstraße 76, 170 Reichsmark, durch die Post bezogen für den Monat 200 Reichsmark.

Republik

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Peterstraße 76
Fernsprecher Nr. 58

Wilhelmshaven-Rüstringen, Mittwoch, 30. März 1927 • Nr. 75

Redaktion: Peterstraße Nr. 76
Fernsprecher Nr. 58

Internationaler Muttertisch.

Die Erkenntnis von der bevölkerungspolitischen Notwendigkeit eines genügenden Schutzes der Frau in Beleben der Schwangerschaft und Mutterhaft läßt die Forderung nach dem internationalen Kampf um diesen Schutz unmittelbar ein. Einmal liegt die Geburtenförderung nicht nur im Interesse jedes Volkes, sondern auch der ganzen Menschheit, und zum andern lehrt uns die Entwicklung, daß wirkliche soziale Fortschritte nur im internationalen Ringen zu erreichen sind. Diese Überzeugung hat die Sozialdemokratie bereits im Jahre 1893 gelebt, als sie auf dem Internationalen Sozialistischen Arbeitertag in Zürich eine Entschließung zur Annahme brachte, die den Arbeitervertretern aller Länder die Pflicht auferlegte, „nachdrücklich für den gezeitlichen

Aus dem heutigen Inhalt:
Eidrede des Oberbürgermeisters Hug.

Schutz der Arbeiterinnen durch Verwirklichung des Verbots der Frauenarbeit in allen gefährlich-schädlichen Betrieben, sowie durch das Verbot der Arbeit schwangerer Frauen zwei Wochen vor und vier Wochen nach der Niederkunft einzutreten.“ Zugleich ist diese Frage auf einer Reihe internationaler Parteitage und Frauenkonferenzen immer wieder zur Sprache gekommen und findet die ersten Forderungen erweitert und vervollkommen worden.

Interessant ist nun, wie auch in dieser Frage die bürgerliche Welt von der Arbeiterschaft gelernt hat. Während wir Jahrzehntelang wegen unseres internationalen Zusammenschlusses gebündelt und belohnt wurden und noch heute diejenigen Kreise, die absolut nicht umlernen können, uns als „antinationale“ und „vaterlandsfeindliche Verräter“ hinstellen möchten, hat gerade der Vertrag von Versailles die Voraussetzungen geschaffen für die internationale Verständigung über soziale Fragen in Gestalt der Internationale Arbeitskonferenz in Washington im Jahre 1919 und in ihrer Folgezeit des Internationalen Arbeitsamtes in Genf. Besonders erfreulich war, daß diese erste Internationale Arbeitskonferenz die Frage des Muttertisches für wichtig genug hielt, um sie als dritten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen, und um von sich aus den einzelnen Ländern ein Übereinkommen, bei dem die Bevölkerung der Frauen vor und nach der Niederkunft, zu unterbreiten. Nichts kann aber uns Frauen deutlicher den Wert unseres gemeinsamen Kampfes mit den Genossinnen aller Länder zeigen, als daß Schmid dieses Übereinkommen, nicht nur in Deutschland, sondern auch in England, Frankreich, Dänemark, der Schweiz und anderen Ländern sieben Jahre später in den Kampf um die Annahme dieses Gesetzes. Leider haben bisher lediglich einige kleine Länder die Ratifikation vorgenommen. In Deutschland und den übrigen großen Industrieländern war es bisher nicht möglich, die Annahme im Parlament durchzusetzen, oder wenn die Volkswerte zugestimmt hatten, so lehnte sicherlich eine andere Instanz ab. Das dürfte der beste Beweis für die große Weltmorallosigkeit sein, die den Opfern der Frau noch immer entgegengebracht wird, die belastet mit allen Leidern der Schwangerschaft, bis zum letzten Augenblick ihren schweren Körper zur Erwerbung an der Mutterkraft, in der Landwirtschaft oder am Schreibtisch oder Verkaufsstätte trägt.

Dabei fordert dies Übereinkommen nichts Gimmelstürmendes. Es fordert die Arbeitsruhe der Frau seit je sechs Wochen vor und nach der Entbindung, sodann die Sicherheit, daß die Frau nicht wegen dieser Arbeitsruhe ihre Arbeit und damit ihre Ersparnisse verliert, und schließlich eine Unterstützung während dieser Zeit, die ausreicht, um Mutter und Kind in den guten gefährlichen Verhältnissen zu erhalten. Daneben will es der stillenden Frau täglich zweimal eine halbe Stunde Stillpause gewähren. Ganz ungünstig ist das Übereinkommen schon deshalb, weil es sich nicht auf die Landarbeiterin und Hausangestellte erstreckt. Trotz dieser bescheidenen Bestimmungen bedeutet das Washingtoner Abkommen für fast alle Länder einen Fortschritt, der für Deutschland nicht nur in der Dauer der Schonzeit, sondern auch im Kreise der erfaßten Frauen liegt, denn das Arbeitsverbot für die Schwangere erstreckt sich bei uns nur auf zwei Wochen vor der Niederkunft und nur auf die geberbliche Arbeiterin. Selbst dieser bescheidene Schutz ist aber in einer ganzen Anzahl von Ländern noch nicht vorhanden.

Worin ist nun die Weigerung gegen die Annahme dieser Muttertischbestimmungen begründet? Weil das eine Land nicht früher als sein Konkurrenzland zustimmen will. Gibt es eine bessere Lehre für die Internationale Frauenwoche? International ist die Wirtschaft verfloßt, und eine sozialen Luft in dem einen Lande bedeutet die Hurrikane der Wirtschaft, gegenüber dem anderen nicht konkurrenzfähig bleiben zu können. Wir wissen freilich, wie farschhaft diese Politik ist.

Marinewerft-Schlachtungsverhandlung.

Am Freitag nachmittag im Bremer Rathaus - Der Reichsarbeitsminister lehnt die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die Seeschiffswerften ab.

Wie wir erfahren, findet die Schlachtungsverhandlung in den Tarif- und Lohnstreit der Wilhelmshavener Marinewerft- und Arsenalarbeiter am Freitag, dem 1. April, nachmittags 3.30 Uhr, in Bremen im neuen Rathaus statt.

Die Verbindlichkeitserklärung des Schiedsspruches für die Werftarbeiter der Seeschiffswerften, die vor den Arbeitern beantragt worden war, ist am Dienstag vom Reichsarbeitsminister abgelehnt worden.

Der Schiedsspruch, der bei den Werftarbeiten auf harten Widerstand stieß, hatte auch über die Kreise der unmittelbar betroffenen hinweg zur Arbeitschaft Aufsehen und Empörung hervorgerufen. Zumal bei der guten Konjektur der Werften. Trotzdem gibt es Schlichter, die es wagen, der Werftarbeiterchaft eine Lohnsteigerung von 5% und schreibt 2 bis

6% anzuordnen.

Ancheinend ist aber die Unverträglichkeit der Werftarbeiter, die mit Staatsbunten arbeiten, selbst dem Minister über die Lohnsteigerung gegangen. Mit werden über den Lauf der Dinge in den nächsten Tagen weiterberichtet.

Dem Schiedsspruch für die Zigarettenindustrie, der eine Erhöhung der Löhne um 10 Prozent vorsieht, haben die Vertreter der Tabakarbeiterverbände zugestimmt. Die neuen Löhne sollen bis zum 31. März 1928 Gelung haben.

Der Zentralverband der Zimmerer hat auf seinem dieser Tage in Berlin stattfindenden außerordentlichen Verbandstag zu dem Entwurf des neuen Reichsstaatsvertrages für das Gewerbe eine Stellung genommen. In namentlicher Abstimmung wurde dann der Reichsstaatsvertrag, der bis zum 31. März 1928 Gelung haben soll, mit den 103 gegen 59 Stimmen bei einigen Stimmabstimmungen angenommen.

Invalidenfragen im Reichstag.

Der fortgang der Debatte im Ausschuß.

(Eigenbericht aus Berlin) Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstages wurden am Dienstag die Anträge über die Invalidenversicherung zu Ende beraten. Der Streit zwischen den Invaliden- und Angestelltenversicherung ist im Unterausschuß ausgeglichen worden. Die Invalidenversicherung erhält von der Angestelltenversicherung 33 Millionen Mark. Der Antrag der Regierungsparteien, die neue 7. Lohnkasse erst am 1. Januar 1928 in Kraft treten zu lassen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokratie angenommen.

Abg. Büttner (Soz.) verlangte im Beratung der Debatte, daß mit der finanziellen Vereinigung zwischen Angestellten- und Invalidenversicherung auch eine bessere Abgrenzung des Verliererkreises, insbesondere der Werkmeister in der Textilindustrie, geschaffen wird. Der Berufsratstag zur Angestelltenversicherung bediente einer Gründung, wonach die Versicherung der Arbeit kein Anlaß für die Ausschließung aus der Angestelltenversicherung sei. Das Ministreriums direktor Griese erklärte die Bereitwilligkeit des Reichsarbeitsministeriums, einen Zufluß zum Berufsratstag zu machen. Danach soll die Angestelltenversicherung der Meister in der Textilindustrie beigebracht werden, auch wenn die föderale Tätigkeit einer wesentlichen Bedeutung ihrer aufstrebenden anleitenden Funktionen darstellt.

Eine für die Koalitionsparteien bezeichnende Debatte entspannt sich bei der Beratung der Anträge über die Kleinrentnerfürsorge. Die Demokratischen und die Deutsche Volkspartei hielten neben dem Koalitionsantrag eine Denkschrift über eine Kleinrentnerversicherung vor. Und so vom Amtsgericht präsidierte das Vorwort der Abgeordneten der Abg. Büttner (Soz.) erklärte, daß die Sozialdemokratie sich in den Abgeordneten nicht einmischen wolle. Schließlich muhten die Koalitionsparteien ihren Antrag preisgegeben. Nicht einmal die Räte stießen ihnen, hinter den sie keinen Umstieg verbergen konnten. Sie haben die Kleinrentner preisgegeben!

Wann kommt der Schulgesetzentwurf?

Wie der Berliner Tagesschau erfahren haben will, beschloß der Reichskommunikaionenminister von Knebel, den Reichsschulgesetzentwurf sofort nach den Osterferien dem Plenum des Reichstages zugehen zu lassen.

Walter von Molo in der Oberprüfstelle.

Wie die Blätter melden, hat der Reichsminister des Innern den Richter Walter von Molo, einen der ältesten Geograuen des Schuhs und Schuhgeschäfts, zum Richter in der Oberprüfstelle für Schuhe und Schuhwaren ernannt. Walter von Molo hat die Berufung angenommen.

Man kann diese Berufung wirklich gut heißen. Molo wiegt so manches Duodecim unter den „zeitgenössischen Erzähler“ auf und übersiegt ein Mann und ein Charakter.

Die Zersplitterung bei den Böllern.

Die Mitglieder der deutschstämmigen preußischen Landtagsfraktion Stad und Kaiser haben ihren Austritt aus der Gruppe der Deutschen Nationalen Freiheitspartei vorgenommen. Vorbehaltlich werden die beiden Abgeordneten sich der deutsch-nationalen Fraktion anschließen.

Die Folgen eines Wirtschaftsums.

Nach einer Meldung aus Paris hat das französische Kol-

nialministerium eine Ausstellung herausgegeben, aus der hervorgeht, daß der Schaden, den durch das Erdbeben und den Werbellum auf Madagaskar entstanden ist, 210 Millionen Franken belief. Daraus entfallen 190 Millionen Franken auf die Privatindustrie und 20 Millionen Franken auf den Staat. Über den Betriebserhalt entstanden.

Breizig Arbeitseintrunken.

Wie aus Moskau gemeldet wird, sind beim Überseefahrt über den Fluß Dorez in der Ukraine 40 Arbeitseintrunken.

Bestreite Eisenbahntarifvergütungsfähigkeit.

Am 23. April vorigen Jahren hatten die Arbeiterschaften Cochem und Boppard in der Nähe von Koblenz eine Versammlung zur Eingliederung zu bringen versucht, indem sie eine große Eisenbahnschmiede auf die Straße legten. Da die Schmiedemaschine die Schmiede belastete, wurde ein großes Unglücksverhältnis. Das Eisenbahnpolizeigehörn hatte die beiden Täter wegen Eisenbahntarifvergütung und verdeckten Mordes zu 5 bis 15 Jahren Justizhaus verurteilt. Das Reichsgericht bestätigte am Dienstag dieses Urteil und verwarf die Revision der beiden Angeklagten.

Auch die Beschleunigungs-Dividenden blühen wieder.

Gemeldet werden heute die folgenden neuen Dividendenvorschläge: Nationale Allgemeine Versicherungs-A.G. wie im Vorjahr 8 Prozent. Stettiner Rückversicherungs-A.G. 8 Prozent (im Vorjahr Dividenden). Nationale Lebensversicherungs-A.G. 6 Prozent (im Vorjahr ohne Dividende). Hamburgische Eisen- und Bronzegießerei-A.G. 6 Prozent (im Vorjahr ohne Dividende). Bitterfelder Utensilengießerei-A.G. 10 Prozent, gegenüber 6 Prozent im Vorjahr.

Ein Autun mit 10 Personen gesunken.

(Meldung aus Kopenhagen.) Der Farzsche Ritter „Hasslein“ stieß bei Helmman-Schjar mit einem anderen Ritter zusammen und stot. Alle neunzehn Mann der Farzjung ertranken.

Arbeiterschlaf-Schädel.

In der Nähe von Stettin hatten gestern Guisanarbeiter ihre Kinder in einer Scheune eingeschlossen. Während die Eltern ihrer Beschäftigung nachgingen, zündete ein Knabe in der Scheune einen Strohdach an. Durch den sich entzündenden Quallen entstanden zwei Kinder. Ein Brand konnte rechtzeitig verhindert werden.

Neue Straflegislation nach der Bias-Bucht.

Chicago Tribune meldet aus Shanghai, die britische Marinabehörde habe gestern eine zweite Strafexpedition ausführen lassen: Mehr als 50 chinesische Dschunken wurden verurteilt und 130 Häuse zerstört. An der Expedition beteiligten sich vier Kriegsschiffe mit 3000 Mann Besatzung und mehrere Flugzeuge.

Prozeß gegen einen Mäzenmörder.

Vor dem Kriegsgericht Milau begann am Montag die Verhandlung gegen den Mäzenmörder Kauken. Der Prozeß dürfte sich zu einem der größten seiner Art ausmachen. Die Anklage schreibt umfangreiche hundert Seiten. Der Maennermärkte, der in der Untersuchungshaft eine große Vertheidigungsrede vorbereitet hat, erhielt in letzter Zeit mehrere Steile von weißlicher Hand, in denen die Beschuldigung dem Räuberhauptmann ihre Huldigung darbrachten.

Stellen im internationalen Muttertisch. Aber daß Beispiel des Washingtoner Abkommen lehrt uns, daß wir den leichten und wirklichen Muttertisch für alle Mütter nur im gemeinsamen Kampf aller Frauen erreichen werden, welche Sprache und Heimat sie auch immer haben. Deshalb freuen wir uns der internationalen Frauenwoche; sie soll uns auch die Parole für die Forderungen bieten, daß die Mütter unter erträglichen Verhältnissen der Welt das neue Leben geben können, daß förderlich und geistig stark genug ist, die Entwicklung der Welt zu lenken im Sinne der Menschenfreude und des Sozialismus.

Louise Schröder.

Die Etatberatung in Wilhelmshaven.

Der Fortgang der Generaldebatte. — Die Einzelberatung — Abstimmung der Steuerzuschläge. — Eine kleine Abschiedrede.

Ende, das vom Straßenfuhrwerk zur Aufgabestelle und von der Abgabestelle zum Rückwerk getragen wird. Hier wird das auf der Woge ermittelte oder im Geschehne vorgetragene Gewicht zu Grunde gelegt. Für die Verförderung von Handgeschäften wird nur in den Berliner Bahnhöfen und außerdem noch auf allen übrigen großen Bahnhöfen Deutschlands berechnet, daß die Tragergesellschaft bei Handgeschäft nach dem Gewicht bezahlt. Auf allen übrigen großen Bahnhöfen Deutschlands berechnet sich die Tragergesellschaft bei Handgeschäft nach dem Preis der entgegenen Städte. Die Gebührenrechte der Träger sind sehr verschieden, da sie sich nach den örtlichen Verhältnissen bemessen (Verbindungen innerhalb des Reichs, ostwärts, Südwärts usw.). Bei Weitverbindungen verschiedenheiten mit dem Träger verlangt man die Verteilung des amtiellen Tarifs, den jeder Träger bei sich führen muß.

Jur. Postleistung des Sicherheitsbundes. Auf das am Freitag, dem 1. April d. J., stattfindende Konzert (Postleistung) des Sicherheitsbundes Wilhelmshaven sei noch besonders hingewiesen. Der Verein hat für diesen Abend den Sänger zur Seite Hermann aus Gelle gewonnen, von dem die "Deutsche Weißgerzeitung" schreibt, daß dieser sich „als ein vorzüglicher Sänger zur Sante, der durch seine Darbietungen in der "Kara" sich bereits einen weithin bekannten Ruf erworben hat, erwählt“. Der Besuch kann nur empfohlen werden.

Die Wehrkunst feiert in anderen Zeiten. Mit Beginn der Sommerarbeitszeit auf der Marinewerft ob 1. April wird die Wehrkunst in folgenden Zeiten bespielen: Morgens 6.45 Uhr und 7 Uhr (Beginn der Arbeitszeit), mittags 12.30 Uhr und 1 Uhr (Beginn und Schluss des Mittagessens) und nachmittags 4.25 Uhr zum ersten Male und um 4.45 Uhr (Schluß der Arbeitszeit), zum zweiten Male in kurzen Doppellönen.

Vorträge, Theater, Konzerte und sonstige Veranstaltungen. Neues Schauspielhaus. Nur noch eine Aufführung des mit teilspieldem Erfolg aufgenommenen Stücks "Der Postwagen" von Alfred Neumann, intoniert von Direktor Robert Hellwig. In den Hauptrollen sind folgende Damen und Herren beschäftigt: Conny Seeger, Hermann Steller, Herbert Schiedel, Henry Hall, Otto Martini, Ernst Göring, Heinz Sabus und Arno Balling. Am Donnerstag, den 31. März, gelangen zur Aufführung "Das Mädchen von Elsundo", komische Oper von A. Offenbach, und das Singspiel von Leo Fall "Brüderlein sein". Die gesuchten Abonnenten werden gebeten, die 7. Rote an der Theatertafel einzuhalten.

Filmkino.

g. Apollo- und Colosseum-Filmtheater. Zwei gute deutsche Filme drücken diesesmal dem Programm ihren Stempel auf, ein Beweis, daß die deutsche Filmproduktion mit an der Spitze steht. „Die Dame aus Berlin“, letzte Aufführung am Donnerstag, „Moses und Aron“ und „Bartholomäus“, spielt im ersten Teile in Berlin, im letzten in einem kleinen Dorfe, wohin sich die Frau der Berliner Fachhochschule verabschiedet hat, weil ihr Mann seine „Aufstiegschancen“ in Nachtfabrik und Bars betriebe, versteckt und sich mit seinem Dienstmädchen zu weit einzieht. Während der Herr Bartholomäus sein Leben in Berlin weiterführt, betrachtet seine Frau von dem Dorfe aus die Scheidung. Ein Kunstmaler, ein Rechtsanwalt und der Sohn des Torgemalisten, welcher nebenbei eine Wirtschaft führt, verlieben sich in sie. Röthlich sind die Bilder von einem Feit, das der Dorfwart in Ehren seines auf Urlaub gekommenen Sohnes und der „Dame aus Berlin“ veranstaltet. Die Wirkung schwächt, die Farbe hören auf zu tanzen, als die Frau den Sohn betrifft. Und dann die erstaunten und entrückten Gesichter, als diese Dame bei einer Damensonnenwohl den Sohn des Dorfes zum Tanz auffordert, bei dem sich beide in plötzlich erwachter Liebe küssten. Ob dieses künstlerische Vergnügen verlassen die übrigen Gäste fluchtartig den Saal, um draußen bei Krebs und Blechi ihr loschen Geschäfts anzubringen. — Auch der zweite Film „Die Spur des Südens“ hat eine gute, mehr dramatische Handlung und zeichnet sich außerdem durch herzliche Landschaftsbilder aus. — Dazu noch der Groteskomödie „Büßer Keaton“ in seinem Film „Büster Keaton an der Pforte“. Dieser Komiker mit seinem leis erkennbaren Gesicht reitet an der Pforte unbewußt und ungewollt seinen Vater vor dem Ruin, muß dafür aber von den Bürgern manchen Bußpfand zahlen, so daß er gerüschten und mit abgerissener Kleidung wieder nach Hause kommt.

Ein mongolischer Fürst als Filmschauspieler.



In dem neuen Film von Karl Grune „Am Rande der Welt“ wirkt ein mongolischer Fürst mit. Er spielt darin die Rolle eines Toten.

Dorel.

Bon der heimischen Industrie. Die Firmen heilen, die als Spezialität Toilettenschönheit herstellen. Mit einem größeren Auftrag bedacht werden. Die Großhandelsgesellschaft Deutlicher Konsumvereine, die eine Umstellung und Modernisierung ihres Betriebes vornehmen, hat der breiten Firma den Bau der Tiefen- und Kühlwanlage übertragen. Dadurch sind die Arbeiter wieder in der Lage, längere Zeit ihren Verdienst zu finden.

Großbildkino. Am Mittwoch, dem 30. März, abends 8 Uhr, findet im Gemeindehaus in Dorel ein öffentlicher Großbildkinoabend statt. Es wird das Thema „Die Verlängerung der Börse bis zur Gegenwart“ behandelt. Dazu ist die Einwohnerschaft freudlich eingeladen.

Besch. Diese unruhigen Zeiten nehmen einen jede Arbeitsfreude. Drei Wochen haben wir an der fälligen Schiedsentscheidung geprüßt und jetzt, wo wir so weit sind, macht der Kiel spielt!“

Wir bringen heute den Bericht über den weiteren Verlauf der am Montag im Wilhelmshavener Rathaus vorgenommenen Etatberatung durch den Magistrat und das Bürgermeisterkollegium. In Fortgang der Generaldebatte (siehe gestriger Teilbericht der "Republik") erhielt der

Oberbürgermeister Rieger.

der Vorsitzender der Beamtenstiftung, das Wort. Dieser knüpft an die letzten Bemerkungen seines Vorredners, wonach sich die seitgelösten Steuern bei der vorjährigen Etatberatung als nicht tragbar erwiesen hätten und widerrief die diesbezügliche Auflösung. Die Ermäßigung der Steuern in der Mitte des Jahres hätte sich als erheblicher Missgriff herausgestellt. Daher wurde er danach, weiter mit Referaten zu reden, die nicht vorhanden seien und auch nicht erwartet werden könnten. Der Redner gibt eine Berechnung, aus der hervorgeht, daß Wilhelmshaven vielleicht nicht günstig bei dem Schiedsgerichtserfahren bestellt ist. Rüstringen kann, das sagten die, auf den Reichsgewerbeaufsichtsrat, Wilhelmshaven wäre, wenn es eine solche Abteilung gäbe, bestimmt besser. Rüstringen ist die eigentliche der oldenburgische Staat erledigt worden. Diele jüdische Tatfrage sollte für Wilhelmshaven darüber nur Anlaß sein, mit allen Kräften für eine gerechte neuzeitliche Ausgestaltung zu sorgen. Rüstringen ist, wenn es so kommen würde, wenn einer von über 100000 Mark hinzuastromen, eben unter Berücksichtigung dessen, daß Wilhelmshaven von der Marinewerft als Privatunternehmen mindestens eine Gemeindebetriebs-Einnahme von 800000 Mark hätte. Auf Grund dieser Tatsachen spricht nun Dr. Rieger ganz entschieden gegen eine Simsonpolitik, die die mit Sicherheit in der Hoffnung arbeitete und darum mit einer Frist bestrebt war, in ein neues Jahr überzugehen. Was andere Städte machen, könne für Wilhelmshaven nicht möglich und sein, man schaffe sonst einer guten Tradition ein Geschäd und das ist um so schlimmer, als tatsächlich durch eine im Rahmen des Möglichen gehaltene Steuererhöhung die Schlüsselsumme des Haushaltspolans ausgleichen werden könnte. Der Redner, der um Ausdruck bringt, daß seine Fraktion nicht voll und ganz seiner Meinung wäre, geht dann auf die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt, wie sie in Verbindung zwischen Werk und Marine sowie in Hinblick auf die Durchführung des Werksbauprojektes bestehen, ein. Auch er befürchtet dabei die Frage der Bevölkerung am Jade-Schiffsbau und erläutert, daß man in Bezug auf die Ausgestaltung Wilhelmshavens in einem Norddeichbold doch Opfer bringe, die im Interesse beider Städte liegen. Rüstringen könne demgegenüber wohl das aus für beide Städte vorstellbare Opfer der Ausgestaltung des Jade-Schiffsbauwerkes bringen. Dr. Rieger spricht sich zum Schlus für den Antrag des Oberbürgermeisters aus.

Der in Abschlußabstimmung befindliche Redner der kleinen deutsch-nationalen Fraktion

Bürgermeister Rieger.

bringt einleitend seiner Ausführungen sein Bedauern über die Abstimmung am Etag der Schulen zum Ausdruck. Er polemisiert gegen die Bemerkungen des Dr. Müller hierzu, um dann schließlich seine Freude über die Abwendung des Außerordentlichen Haushaltspolans die Aufnahme der Anträge von über 1000000 Mark (durchaus entschlossen) auszudrücken. Er spricht im übrigen seine wie seine Vorredner über Werk, Marine und Seehafenprojekt, um sich dann der „Wilhelm“ zuwenden. Hier meint er, habe man viel zu viel aus der Hand gegeben und habe andererseits das Unternehmen, das nichts einbringe, sondern sich nur als unebene Konkurrenz bemerkbar gemacht, viel zu sehr geschont. Seine Fraktion so sonst er zum Schlus — töne eine Höhlesekung der Steuern nicht verantworten und glaubt mit dem angekündigten Voranschlag das neue Rechnungsjahr beginnen zu können.

Der Oberbürgermeister

berichtet nun zu Beginn seines Schlusses, nicht auf alle Einzelheiten des Haushalte eingehen zu können. Er verleiht zuerst dem Dr. Müller, daß die beschlossene Vorlage über die Errichtung einer Haushaltsgesellschaft für die städtischen Arbeiter und Angestellten, nicht in einer Schublade umgekommen sei, sondern sich in Bearbeitung befindet und wohl bald zur endgültigen Entschließung reif sein würde. Dem Dr. Meinel entspricht er bezüglich der Anspielungen auf die hohen Leistungen aus laufenden Mitteln im Jahre 1924 und 1925, daß man damals nach der Inflation niemals rechnerisch genau habe arbeiten können und darum eben kein Geld sicher im Dampferbau u. a. auflegte, was sich als ein großer Glück herausstellte. Der Oberbürgermeister glaubt aber nicht, daß man schon in Kürze hinsichtlich der Gewerbesoldenstruktur — eine finanziell Entlastung erfolgen könnte und geht dann — in seiner Redewendung höchst verdient — auf die direkten und indirekten Vorleistungen gegen die „Wilhala“ ein. Er willte die Frage nicht mit den Worten abwickeln, man habe es ja selbst so genutzt, sondern führt sich bemüht, so zu erklären, daß das Geworden aus einem langen Entwicklungssprozeß hervorgegangen sei und die Erfolge auch auf lange Sicht in Rechnung gestellt werden müßten. Es sei nicht richtig, die „Wilhala“ vorzuwerfen, sie habe nicht erfüllt, was sie versprochen. Die andere Seite, wo sie in vielen Fällen sehr zum Vorteil des Arbeitnehmers stand, habe offensichtlich gewirkt habe, temme man nicht, da die davon betroffenen Firmen gewirkt habe, temme man nicht, da die davon betroffenen Firmen aus ihren Gewerbegeheimnissen verständnislosweise nichts ausplauderten. Die „Wilhala“ arbeite. Das Geld,

Oldenburg.

67. Volksversammlung der Industrie- und Handelskammer Oldenburg. Als Rechnungsprüfer wurden die Herren Dr. Siegfried und Leo Dahl gewählt. Der Voranschlag schloß mit 110 000 Mark in Einnahmen und Ausgaben ab. Zum Vergleich ist mitgetheilt, daß die Ausgaben im letzten Rechnungsjahr 120 000 Mark betrugen. Die Wahl der Kassierlinie ergab Wiederwahl. Für das ausgeschiedene Kammer-Mitglied Direktor Klemm-Delmenhorst soll am 21. April eine Rekonvaleszenz vornehmen werden. Synditus Töpken berichtete dann über die Freigabe im Aufbringungsgebot. Es wurde beschlossen, sich mit einer Grenze von 20 000 Mark einzuvernehmen zu erläutern, so lange reizvollste keine Renditung vorgenommen wird.

Synditus Töpken referierte weiter über die Neuerteilung von Richtlinien für die Eintragung ins Handelsregister. Der Redner empfiehlt, die Richtlinien dahin abzuändern, daß eintragungspflichtige und solche kaufmännischen Unternehmungen, eine einen jährlichen Umsatz von 6000 Mark erzielten oder ein Betriebskapital von 6000 Mark haben, ein jährliches Einkommen aus dem Handel von 2000 Mark. Weiter stand das Betriebsnotizbuch zur Sprache. Der Vorsteher teilte mit, daß Betriebsnotizbücher bedeutungslos wären, da die Rechnungsprüfer sich über die Gehaltung des Geheims bereit gezeigt hätten. — Zur Handwerksordnungsrichtlinie stand Synditus Dr. Hadelker nach kurzem Bericht einige Änderungen vor. So soll der § 104, 2. Art. Begriff des Handwerks, wie folgt lauten: „Die Handwerksordnung hat eine Liste zu führen, in welcher die Handwerke ihres Betriebes eingetragen sind (Handwerksliste).“

Handwerker sind diejenigen physischen Personen, die selbstständig ein Gewerbe ausüben, das nach Art, Beschaffenheit und Umfang ausschließlich oder überwiegend als handwerklich ausgeübt wird.“ Die weiteren Vorlesungen laufen unten, daß die tatsächliche Eintragung für Handwerksbetriebe in das Handelsregister abhängt ist und daß die Vorlesungen über Firmen, Handelsblätter und Provinzen keine Anwendung finden auf Handwerker und Kleinhandelsbetriebe. Gemerkt soll für das Verfahren der Eintragungswidrigkeit nur die Bemalungsgesellschaft in Frage kommen. Das Vorbringen von Dr. Hadelker wurde dem Kammerdirektor Dr. Klemm sprach über die tatsächliche Betriebsnotiz und die Reichspost. Oldenburg ist ein Interesse an der Beibehaltung des jetzigen Zustandes. Der Geschäftsauswachsel der Kammer hat sich in diesem Sinne bestätigt. Das Vorbringen des Geschäftsauswachsels der Kammer wird von der Volksversammlung gebilligt. — Über Steuerfragen referierte Steuerlandrat Metzsch. Die Kammer nahm dann noch Stellung zu der Beratung des Einkommens der gewerblichen Betriebe. Gemerkt soll für das Einkommen des Einkommens der gewerblichen Betriebe, daß die Beratung nach drei Jahren Durchlaufzeit des Einkommens erfolgen müsse. Entsprechende Schritte soll die Kammerverwaltung unternehmen. — Dann berichtete Synditus über die Eintragung von Lehrlingen und Gesellenprüfungen. Es sei notwendig, daß Lehrlinge gleich nach dem Eintritt in die Lehre geprüft werden. Wie die Betriebschulen müsse ihnen zusammengearbeitet werden. Die Väter dieser Betriebschulen müssten in allen größeren Orten gebildet werden. Die Volksversammlung der Handelskammer in einer standen, daß die Prüfungen verbindlich eingeführt werden.



